

4.8 Landesbündnis „Weltoffenes Hessen“

Das Landesbündnis, Anfang 1999 aus Besorgnis über die Auswirkungen der Unterschriftenkampagne der CDU/CSU gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft gegründet, arbeitete auch 2000 und 2001 unter aktiver Mitwirkung der AGAH weiter. Getragen von fast 50 hessischen Organisationen, u. a. Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Ausländerbeiräten, Migrantenorganisationen und kirchlichen Einrichtungen, setzt es sich ein für den Erhalt der liberalen und weltoffenen Tradition Hessens und fördert das Miteinander der Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft auf Grundlage gegenseitigen Respekts.

Leitgedanken des Bündnisses sind

- dazu beizutragen, dass fremdenfeindliches, antisemitisches, rassistisches und rechtsextremistisches Gedankengut in Hessen keinen Platz mehr hat;
- zu zeigen, dass die Vielfalt der Kulturen, der Religionen, der Hautfarben und der Muttersprachen ein lebendiger Ausdruck unserer Gesellschaft ist.

Das Bündnis setzt sich ein für die soziale, rechtliche und wirtschaftliche Integration und Gleichstellung aller Menschen mit Lebensmittelpunkt in Hessen. Dazu gehört, den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft nicht von der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit abhängig zu machen.

Mit Informations- und Erfahrungsaustausch, Aktionen, Stellungnahmen und politischen Gesprächen sollen diese Ziele umgesetzt werden.

Als organisatorische Struktur bedient sich das Bündnis eines Plenums, eines Arbeitsausschusses sowie verschiedener Projektgruppen.

Während Projektgruppen in den Jahren dieses Berichts nicht mehr tagten, trafen sich Plenum, vor allem aber die Mitglieder des Arbeitsausschusses regelmäßig:

21.01.2000 Landesbündnis „Weltoffenes Hessen“: Werbekampagne, Frankfurt

28.01.2000	Plenum, Frankfurt
29.02.2000	Sitzung „Arbeitsausschuss“, Frankfurt
26.04.2000	Sitzung „Arbeitsausschuss“, Frankfurt
27.06.2000	Sitzung „Arbeitsausschuss“, Frankfurt
10.08.2000	Sitzung „Arbeitsausschuss“, Frankfurt
25.09.2000	Sitzung „Arbeitsausschuss“, Frankfurt
27.10.2000	Plenum, Frankfurt
28.11.2000	Plenum, Frankfurt
16.01.2001	Sitzung „Arbeitsausschuss“, Frankfurt
23.03.2001	Sitzung „Arbeitsausschuss“, Frankfurt
11.05.2001	Sitzung „Arbeitsausschuss“, Frankfurt
09.08.2001	Sitzung „Arbeitsausschuss“, Frankfurt
13.09.2001	Sitzung „Arbeitsausschuss“, Frankfurt
14.11.2001	Sitzung „Arbeitsausschuss“, Wiesbaden

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Bündnisses zu Beginn des Jahres 2000 war die Umsetzung des neuen **Staatsangehörigkeitsrechts**. In Briefen an Bundesinnenminister Schily, Innenminister Bouffier, Kultusministerin Wolff und Staatssekretär Seif wurde je nach Zuständigkeit auf Klärungsbedarf bzw. Defizite der neuen Regelungen hingewiesen.

So wurde z. B. angemahnt, dass weiterhin die Frage offen stehe, welchen aufenthaltsrechtlichen Status Personen erhalten werden, die zunächst die deutsche Staatsangehörigkeit inne hatten, diese aber verlieren oder aufgeben. In erster Linie betraf diese Problematik Migrant/innen, die aufgrund des geänderten Staatsangehörigkeitsrechts vom „Optionsmodell“ Gebrauch machen. Sofern die Betroffenen die deutsche Staatsangehörigkeit auf eigenen Wunsch oder von Amts wegen aufgeben bzw. verlieren, ist für sie von großer Bedeutung, wie ihr anschließender Verbleib in der Bundesrepublik Deutschland aufenthaltsrechtlich zu bewerten sein wird.

Hiervon betroffen ist auch die Personengruppe deutscher Staatsangehöriger, die ohne Erhalt einer Beibehaltungsgenehmigung die Aufnahme einer anderen Staatsangehörigkeit beantragen. Die Neuregelung des § 25 StAG kann insbesondere in Fällen eingebürgerter, ehemaliger türkischer Staatsangehöriger und deutscher Ehefrauen von Türken zu Komplikationen führen. In der vormaligen Fassung des § 25 RuStAG war die Folge des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit dann nicht vorgesehen, wenn eine andere Staatsangehörigkeit hinzu genommen wurde, der Betreffende jedoch seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Inland hatte. Insofern ist zwischenzeitlich eine Änderung der Rechts-

lage eingetreten. Zum einen ist jedoch fraglich, ob hiervon alle Betroffenen hinreichend Kenntnis erlangt haben bzw. erlangen werden. Zum anderen sind die eventuellen Auswirkungen hinsichtlich des nachfolgenden Aufenthaltsrechtes nicht geklärt, sodass sich der in Betracht kommende Personenkreis nicht eindeutig und umfassend informieren kann.

Des Weiteren wurde auf ein erhöhtes Informationsbedürfnis der Erziehungsberechtigten der im Rahmen des § 40 b StAG anspruchsberechtigten Kinder verwiesen und angeregt, zusätzlich zur Verteilung von Merkblättern die betroffenen Familien von Amts wegen zu ermitteln und gesondert anzuschreiben.

Kritik wurde zudem an der begonnenen Praxis geübt, in Einbürgerungsverfahren Sprachkenntnisse u. a. über das Lesen und die sinngemäße Wiedergabe eines Zeitungsartikels zu ermitteln. Nach Sicht des Bündnisses stellt die spezielle Überprüfung an sich ein unverhältnismäßiges Erfordernis dar. Vielmehr sollte genügen, im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens die Sprachkenntnisse in einem normalen Gespräch während der Entgegennahme der Einbürgerungsunterlagen unbürokratisch festzustellen. Auch die Regelung des Nachweises von Sprachkenntnissen bei Analphabeten bzw. deren Prüfung sei nicht ausreichend geregelt.

Kritik richtete das Bündnis auch an dem Entwurf eines **Dritten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes**. In Schreiben an den damaligen Staatsminister Dr. Jung und Sozialministerin Mosiek-Urbahn bewertete das Bündnis die Ungleichbehandlung zwischen Leistungsberechtigten als einen Ausschluss einer ganzen Gruppe aus dem Sozialstaatsprinzip und als Einstieg in eine Entsolidarisierung. Das Bündnis setzte sich für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein und unterbreitete zugleich Vorschläge, wie dadurch entstehende Mehrkosten aufgefangen werden könnten. So wurde beispielsweise der Antrag der Bundes-F.D.P. zur Abschaffung der Arbeitserlaubnispflicht und des damit verbundenen Arbeitsverbotes unterstützt, die Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften nicht mehr als Regel-, sondern als Ausnahmefall sowie die Abschaffung des Flughafenverfahrens und der Sicherungshaft gefordert.

Weitere Themen im Landesbündnis waren Erfahrungen mit **Altfallregelung, Antirassismuarbeit, Muttersprachlicher Unterricht, das Er-**

gebnis der Kommunalwahl 2001 und die Ausländerbeiratswahlen im November 2001.

Eine ständige kritische Begleitung **der Integrationspolitik der Landesregierung** setzte einen weiteren Schwerpunkt im Berichtszeitraum. So forderte beispielsweise das Landesbündnis im Februar 2000 mit einer Pressemitteilung das lang angekündigte Integrationskonzept der Landesregierung ein.

Auf die **Terroranschläge in New York** im September 2001 reagierte das Bündnis mit einer Pressemitteilung bzw. einer Stellungnahme an hessische Bundestagsabgeordnete, in der das Entsetzen und Fassungslosigkeit zum Ausdruck gebracht wurden. Gleichzeitig warnte das Bündnis vor überstürzten Reaktionen, die nachhaltig negative Wirkungen auf das Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Religionen haben könnten. Ministerpräsident Koch wurde zudem aufgefordert, seinen Plan, „Nationale Identität“ zum zentralen Thema des nächsten Wahlkampfes zu machen, fallen zu lassen.

Mit der Erstellung und dem Druck eines **Faltblattes** zu Zielen und Trägern des Bündnisses konnte die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden.

Nicht zuletzt wurden die Kommunikationsstrukturen und damit die gegenseitige Information der Trägerorganisationen ausgebaut und verbessert.

Neben der AGAH sind nachfolgend genannte Organisationen Träger des Bündnisses. Sie sind damit auch ständige Kooperationspartner der AGAH, mit denen eine verstärkte Zusammenarbeit oder zumindest Diskussion besteht:



- ACLI Hessen - Christliche Arbeiterbewegung Italiens
- Amt für Arbeit, Wirtschaft und Soziales der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
- Amt für Mission und Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
- Arbeiterwohlfahrt (AWO), Bezirksverband Hessen-Süd
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) - Landesausländerbeirat
- Bereich Kirche und Arbeitswelt der Evangelischen Kirche Kurhessen-Waldeck
- Bildungspolitische Initiative e.V. (bipoli)
- Brotfabrik, Frankfurt am Main
- Bund der Spanischen Elternvereine e.V., Landesverband Hessen
- Caritasverband Diözese Limburg
- Der Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband Hessen e.V.
- Deutsch-Ausländische Gemeinschaft Schwalbach
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Landesbezirk Hessen
- Diakonisches Werk in Hessen und Nassau
- Die Naturfreunde, Landesverband Hessen e.V.
- D.I.R. – Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung e.V.
- elternbund hessen (ebh) e.V.
- Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Interkultureller Beauftragter
- GDF Landesverband Hessen
- Gemeinschaft Treysa-Hephata
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Hessen
- Hessischer Flüchtlingsrat
- Hessischer Jugendring
- Industriegewerkschaft Metall (IG Metall), Bezirk Frankfurt am Main
- Initiativausschuss "Ausländische Mitbürger in Hessen"
- Interkultureller Rat in Deutschland e.V.
- IPPNW - Ärzte in sozialer Verantwortung e.V., Regionalgruppe Frankfurt
- Islamische Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) e.V.
- Katholisches Bildungswerk Hochtaunus
- Lagergemeinschaft Auschwitz - Freundeskreis der Auschwitzter e.V.
- Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in Hessen e.V. (Laks)
- Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
- Landesschülerversammlung in Hessen
- Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen
- Lehrerkooperative - Bildung und Kommunikation e. V., Frankfurt am Main
- medico international

- pax christi, Internationale katholische Friedensbewegung, deutsche Sektion
- Pro Asyl, Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V.
- Rat der Türkischen Staatsbürger in Deutschland (RTS)
- Roma-Union Frankfurt e.V., Verband für Hessen
- SprecherInnengremium Hessischer Erwerbsloseninitiativen
- TÖDER, Türkischer Lehrerverein Hessen
- Türkische Gemeinde Rhein-Main e.V.
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., Landesgruppe Hessen
- Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen
- Verband Türkisch-Europäische Arbeitgeber-Vereine e.V.
- Verein für Frankfurter Arbeitergeschichte